

Trumpsches Niveau

Zu: „Lambrecht geht Seehofer an“, FR-Politik vom 24. September

Bei Seehofer scheint es inzwischen zum guten Ton zu gehören, die Presse nach Strich und Faden zu belügen. Hatte er erst im August die Pressekonferenz über seine Blockade für die Rückholung der afghanischen Ortskräfte belogen, jetzt seine Falschdarstellung zum Wehrhafte-Demokratie-Gesetz gegenüber der Süddeutschen Zeitung. Damit hat er bald trumpsches Niveau erreicht, auch in seiner Missachtung der vierten Gewalt. Es wird höchste Zeit für ein Ende dieser Politikkarriere.

Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg

Was für ein Zufall!

Zu: „Osnabrück gegen Olaf“, FR-Politik vom 16. September

Die Staatsanwaltschaft aus Osnabrück/Niedersachsen ermittelt seit 2020 gegen die Bundesbehörde FIU mit Sitz in Köln/Nordrhein-Westfalen. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl 2021 nehmen Staatsanwälte aus Osnabrück Hausdurchsuchungen im Bundesministerium für Finanzen in Berlin vor – eine Steilvorlage für Armin Laschet im Triell. Es war ja Eile geboten, Olaf Scholz könnte sich vielleicht nach der Wahl ins Ausland absetzen. Der Chef der Osnabrücker Staatsanwaltschaft ist Mitglied der CDU, genau wie die Niedersächsische Justizministerin. Na, so ein Zufall!

Harald Drefßler, Dietzenbach

Schlecht plagiirt

Erwiderung auf „Aufruf zum Mord als politisches Verbrechen“, Forum v. 18.9.

Mit der Feststellung, der Spruch auf Wahlplakaten „Hängt die Grünen“ rufe zum politischen Mord auf, hat Manfred Kirsch mit seinem Leserbrief nicht ins Schwarze, sondern voll daneben getroffen, sind hier ja nicht einzelne Personen gemeint, sondern, wie unschwer zu erkennen ist, ein organisatorischer Zusammenschluss von Personen, nämlich die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“.

Bei der letzten Kommunalwahl in Bayern haben wir in den Ortschaften massenhaft Plakate der Partei „Die Partei“ gesehen, auf denen stand: „Hier könnte ein Nazi hängen“. Niemand hat sich damals meines Wissens darüber aufgeregt oder gar Strafantrag gestellt, weil der Spruch doch nur ironisch, witzig und hintersinnig gemeint gewesen sei. Der gleiche Maßstab muss auch hier gelten, wo eine Partei plagiirt hat, wenn auch ziemlich schlecht.

Hans Schinke, Offenbach



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210927

FR ERLEBEN

Peter Hanack moderiert den Fachtag „Bildungschancen vor Ort erhöhen“ der Transferagentur Hessen. Es geht um Bildungsgerechtigkeit und lokale Handlungsmöglichkeiten angesichts der Erfahrungen mit der Corona-Krise, die auch eine Bildungskrise ist. Es referieren Raphaela Schlicht-Schmälzle vom Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Axel Plünnecke vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln und Horst Weishaupt vom Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation. Die drei Impulsvorträge können live per Stream verfolgt werden.

Dienstag, 28. September, 10 Uhr
Anmeldung: transferagentur-hessen.de, Veranstaltungen

Pitt von Bebenburg moderiert die Online-Diskussion „Nach der Bundestagswahl – Weiter so oder Neustart?“ der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen mit dem Grünen-Landesvorsitzenden Philip Krämer und der Soziologin Sigrild Roßteutscher.

Mittwoch, 29. September, 19 Uhr
Youtube-Kanal der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen

Was ist jetzt das geringere Übel?

Zum Ausgang der Bundestagswahl: „Merkels Erbe“ und „Scholz überrascht alle“, FR-Titel und -Tagesthema vom 27. September

Aufbruch für das Klima oder für Blackrock?

Schaun wir jetzt auf die Glaubwürdigkeit der Grünen: Sie haben die Option, ihren größeren Regierungspartner (der kleinere steht sowieso fest) so zu wählen, dass „Aufbruch für Deutschland“ auch „Aufbruch in verantwortungsvolle Klimapolitik / soziale Politik“ bedeutet oder zu einem vornehmlichen „Aufbruch für Blackrock“ wird. Bei letzterer Option wäre ein „Weiter so“ mit neuer „Mutti“ Olaf das geringere Übel. Jürgen Antes, Frankfurt

Das Auftrumpfen der rheinischen Frohnatur

Das ist peinlicher als ein verunglückter Lacher, wie Herr Laschet sich am Wahlabend nach einer erdrutschartigen Abwärtsfahrt aufgeführt hat. Eine Abwahl seiner Person, ein Abrutschen seiner Partei ins Nirgendwo, und trotzdem plappert er weiter, als hätten die Wähler ihm kein Stoppschild aufgestellt. Kein Eingeständnis einer massiven Niederlage, sondern ein Auftrumpfen im Irrglauben, er besitze das Potenzial für einen Wechsel und Neuanfang für unser Land. Das kann nicht einfach nur der rheinischen Frohnatur geschuldet sein. Das ist Machtgier, Vermessenheit, Ignoranz – Demut weit gefehlt. Pippi Langstrumpf hatte mit „ihrer Welt, so wie sie ihr gefällt“ noch Visionen. Laschets einzige Vision ist er

selbst im Kanzlerinnensessel. Wenn's nicht so traurig wäre, könnte man sagen: „Lachhaft, Laschet!“ Oder ist es doch einfach nur peinlich?

Hanne Strack, Rüsselsheim

Feixend watet Laschet durch das Katastrophengebiet

Es ist zu befürchten, dass wir schon wieder die Wahl verkackt haben. In meine Alpträumen sehe ich Kanzler Laschet, in Straßenschuhen durch Überschwemmungsgebiete watend, fröhlich-rheinisch feixend über die so lustige Umgebung und umringt von seinen fähigsten Ministern Scheuer, Klöckner und Altmaier, während die Schwarzkonten der deutschen Milliardenäre auf Steuerparadiesbanken immer fetter werden und die Schlangen an den Tafeln kein Ende zu nehmen scheinen.

Franz W. Osterloh, Frankfurt

Ein Déjà-vu am Sonntagabend

Ich habe die Politikerrunden in der ARD verfolgt und wurde im Laufe der dargebotenen Diskussionen immer wütender. Die Art und Weise, wie die Politiker, an ihrer Spitze Laschet und Söder, mit dem Wahlergebnis umgingen, war davon geprägt, ihre Niederlage vergessen zu machen mit Vorschlägen, die mit dem realen Wahlergebnis nichts zu tun haben. Gute Ideen gehen in Ord-

nung, aber hier ging es um ein konkretes Faktum und die Reaktionen darauf. Trotz mehrprozentiger Verluste und eindeutigen Voten der Wähler „Nicht mit Laschet!“ tat dieser so, als sei er Gewinner der Wahl. Das erinnert mich an Schröders Abwahl am Beginn des Merkelzeitalters, als dieser offensichtlich angeheitert in der ähnlichen Fernsehsituation davon ausging, er wäre der Sieger. Laschet bekam das stocknüttern hin.

Es fehlt Laschet an Respekt vor dem Wählerwillen, der von ihm anscheinend nicht zur Kenntnis genommen wird. Dieser Respekt ist aber eine Grundvoraussetzung für demokratisches, politisches Handeln. Ihm fehlt weiterhin Demut angesichts der Niederlage. Innehalten und Nachdenken darüber, was man selbst oder die eigene Partei falsch gemacht haben. Das ist die Voraussetzung für einen neuen Anfang und neuer Chancen, auch in der Politik.

Geboten wurde in der „Elefantenrunde“ von fast allen Beteiligten das Gegenteil. Voran Laschet ohne Korrektur durch die anderen. Ständiges An-den-Ergebnissen-Vorbeischwätzen und den-Zuschauern-Versichern, dass man eigentlich, zumindest moralisch, gewonnen hat: Egal, was die Wählerschaft entscheidet, wir werden die Macht behalten.

Peter Scheuermann, Hofheim

Diskussion: frblog.de/wahl-21

Zahlreiche Versäumnisse und Fehler

Das Ende der Ära Merkel: „Stillgestanden“, FR-Magazin vom 18. September

Immerhin 16 weitere Jahre in Frieden

In all dem weinerlichen Singens zum Ende der „Ära“ – besser: Amtszeit Merkel – ist der Artikel von Stephan Hebel eine wohlthuend sachliche Darstellung. Er erinnert an die zahlreichen Versäumnisse und Fehler in dieser Amtszeit. Besonders markant, für eine gelernte Physikerin eigentlich blamabel, war der Umgang mit der Kernenergie: Nicht aus der Sachkenntnis, dass Kernenergie über lange Zeiten hochgefährlich bleibt, sondern aus blankem Populismus wurde dieser teure Irrweg der Energieversorgung in Deutschland endlich beendet. Ein Ende, das sich die Versorgungsunternehmen sehr teuer, 2,43 Mrd. Euro, bezahlen ließen.

Zwei Begriffe sind für mich dauerhaft mit Merkels Demokratie- und Staatsverständnis verbunden: die „marktkonforme Demokratie“ und der Unsinn von der schwäbischen Hausfrau. Letzteres war dankbarer Stoff für einige meiner Schulstunden im Politikunterricht. Getoppt wird das Ganze nur noch durch Merkels Aussage nach einer der letzten Bundestagswahlen: Sie wüsste nicht, was wir jetzt ändern sollten! Ingesamt ist Merkel auch in der Sozialpolitik weit unter ihren Möglichkeiten geblieben. 20 Prozent Kinderarmut

(laut C. Butterwegge) beschreiben hier Versagen ihrer Politik.

Rückblickend bleibt auf der Habenseite, dass wir angesichts der Putins, Trumps und anderen in dieser Welt 16 weitere Jahre in Frieden gelebt haben. Das ist doch schon mal was.

Herbert G. Just, Wiesbaden

Menschenfeindliche Politik der Alternativlosigkeit

Wie die Kommentare von Stephan Hebel, so findet auch das Magazin zur Bundeskanzlerin meine uneingeschränkte Zustimmung. Keinem der sechs aufgeführten Mythen kann widersprochen werden, so dass ich es treffend finde, diese unangenehmen Wahrheiten der Kanzlerin vor der Wahl zu veröffentlichen, die ihr Parteifreund Laschet mit dem „Weiter so“ gewinnen wollte.

Zu ergänzen ist noch auf dem Titelbild bei der Aufzählung ihrer Funktionen ihre frühere FDJ-Tätigkeit in der DDR, da andererseits bekanntlich von Unionsseite häufig Politikern insbesondere der SPD und der Linken frühere Zugehörigkeiten zur Last gelegt werden. Zu Mythos 2 („Die Kanzlerin für alle“) hat Hebel vollkommen recht, wenn er die Widersprüche ihrer Aussagen gegenüber dem politischen Handeln aufdeckt, indem sie etwa die marktkonforme Demokratie

anpreist und damit die Finanzmärkte hervorhebt, deren Wirken das Gegenteil von Demokratie darstellt. Auch hat sie häufig ihr Handeln als alternativlos hingestellt, obgleich zu jeder Handlungsweise andere Möglichkeiten bestanden, die sie natürlich nicht akzeptieren wollte.

Es ist ein starkes Stück, dass sie ihre Defizite in der Klimapolitik mit einer angeblich mangelnden parlamentarischen Unterstützung zu begründen versucht hat, wobei in besonderer Weise ihre eigenen Parteifreunde sowie sie selbst jegliche Bemühungen zu mehr Klimaschutz abgeblockt haben. Als Europäerin bleiben mir ihre und Schäubles menschenfeindliche Politik gegenüber Griechenland insbesondere während der Regierung der Syriza in Erinnerung. Zur Rolle der Weltpolitikerin mit der Unterwürfigkeit gegenüber dem Hegemon USA darf erwähnt werden, dass sie als Oppositionspolitikerin die Haltung der Regierung Schröder im Irak-Krieg verurteilte und deutsche Soldaten dort – wie in Afghanistan oder Mali – in sinnlose Kriege schicken wollte.

Sicherlich muss man sich um ihre Zukunft keine Sorgen machen. Sie wird nach Ende ihrer Kanzlerschaft wohl dotierte Anschlussverwendungen in Aufsichtsräten, Organisationen oder dergleichen erhalten.

Peter Boettel, Göppingen